

Die „Schuldenbremse“ löst kein Problem in Hessen: Öffentliche Armut steigt, privater Reichtum wächst!



**Schuldenbremse?
Nein Danke!**

Am 27. März 2011 sollen wir in Hessen darüber abstimmen, ob eine Schuldenbremse in die hessische Verfassung aufgenommen wird.

Woher kommen die Schulden? Wer ist dafür verantwortlich?

Die **Steuern für Gewinne und Vermögen** wurden in den letzten 15 Jahren mehr als **halbiert**. Die Belastung der **LohnsteuerzahlerInnen wurde verdreifacht**, denken Sie hierbei an die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Niedrigverdiener, Arbeitslose und Rentner besonders hart trifft. Unter Rot-Grün wurden bundesweit jährliche Steuerausfälle in Höhe von 40 Mrd € beschlossen. In der Großen Koalition legte Steinbrück noch einmal nach mit Steuergeschenken von 6 Mrd € jährlich an die Vermögenden.

Gleichzeitig hat die Große Koalition Geld für den sogenannten **Rettungsschirm für die Banken** bereitgestellt. Schwarz-Gelb setzt das fort. So haben sich in Hessen seit 1998 die **Steuereinnahmen** um bis zu 2 Mrd € jährlich verringert (bundesweit insgesamt 340 Mrd € weniger). Durch die **Steuerausfälle** sind die Schulden des Landes gewachsen.

Sind denn die Ausgaben der Kommunen in Hessen gestiegen?

Nein! Sie sind im Gegenteil im Vergleich zu 1994 sogar leicht gesunken.

Und das bei wachsenden Aufgaben. Und wir sind im Vergleich zu Europa auf dem letzten Platz, auf dem niedrigsten Stand. **Schon jetzt sind die meisten Kommunen finanziell am Ende und nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen.** Im Herbst gingen deshalb Bürgermeister zusammen mit Beschäftigten in den Kommunen aus Protest auf die Straße.

Wie wirkt sich die Schuldenbremse auf die Bürger aus?

Die Schuldenbremse in der hessischen Verfassung verhindert nicht die Schulden, sondern kürzt die öffentlichen Leistungen für uns!

Einen Vorgeschmack hat uns schon 2003 die Regierung Koch mit der „Operation sichere Zukunft“ gegeben: Es gab bereits **beträchtliche Kürzungen bei sozialen Einrichtungen** (1 Mrd €), die **Vernichtung von 1200 Arbeitsplätzen** bis 2013 im öffentlichen Dienst, die **Arbeitszeitverlängerungen** und die **Verdichtung der Arbeit**, die **Kürzung von Einkommen**, **Gebührenerhöhungen** und -neueinführungen. Im Bildungsbereich wollte Koch **Studiengebühren** von 500 € pro Semester einführen, da gab es einen kräftigen, erfolgreichen Widerstand.

In Hessen unter der CDU-Regierung haben sich die Schulden seither massiv erhöht. Die Schuldenbremse wird nicht den Haushalt stabilisieren, sondern sie wird Kochs „Zukunftsoption“ als tiefen Einschnitt ins Soziale noch drastischer fortführen:

● Der Verkauf von Landesvermögen in Milliardenhöhe wird weitergehen.

„Privatisiert werden könnten die Landesanteile am Frankfurter Flughafen und der Messe sowie an der Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte“ (FDP auf hr-online.de, 27.10.2010).

Auch über den Verkauf von Frankfurts Kunstwerke, taxiert auf 730 Mio €, wird bereits in der FAZ spekuliert (21.1.2011: „Die Stadt Frankfurt könnte doch einen Matisse verkaufen und 70 Mio € dafür kassieren ...“).

Landet unser kommunaler Besitz dann gar noch bei der Deutschen Bank?

- **Und es wird weitergehen beim Kürzen:**

Teurer werden Kitaplätze, Schwimmbadbesuche und der Museumseintritt. Gekürzt wird bei auch bei Schule und Studium. Den Kommunen will das Land 360 Mio € jährlich weniger geben, den Bildungsbereich um 75 Mio € kürzen. Die schwammige „*Einnahmeverantwortung*“, mit der die SPD ihre Zustimmung zur Schuldenbremse begründet, wird genau so aussehen: Die Bevölkerung muss mit hohen Gebühren die Einnahmeseite „verbessern“ und so können die Reichen weiter Reichtum ansammeln und zum Spekulieren nutzen.

- **Die Privatisierung vieler Bereiche wird dramatisch ansteigen.**

Notwendige Erneuerungen und Neubauten von Schulen, Straßen, Brücken und Bädern werden nicht mehr von den Städten in Eigenregie beauftragt, kontrolliert und gestaltet. Die Parole „*Es dürfen keine Schulden gemacht werden*“ führt dazu: Es werden **Öffentlich-Private-Partnerschaften in Geheimverträgen** durchgeführt und somit viel teurer. Die Stadt ist dabei nur noch Mieter. So ist es auch im Frankfurter Bildungszentrum Ostend oder bei den Offenbacher Schulen geschehen (siehe: www.attac-ffm.de auf „Privatisierung nein“ klicken).

Die Alternative ist: Umverteilen statt kürzen!

- **Privatisierungen** öffentlicher Aufgaben und der Verkauf von öffentlichem Eigentum muss ein Ende haben. Investitionen im öffentlichen Bereich sind notwendig und wären finanzierbar mit einem **Spitzensteuersatz** von 50% (übrigens: 1995 lag er noch bei 52 %).

- **Große Erbschaften und Vermögen besteuern** (= 33 Mrd € jährlich an Mehreinnahmen).

- **Steuerkontrolle der Reichen und Stopfen von Steuerschlupflöchern.**

Steuergelder müssen für die Finanzierung der Gemeingüter unserer Gesellschaft verwendet werden: für Gesundheit, Bildung, Umwelt, Soziales und andere kommunaler Aufgaben wie Wasser- und Abwasserversorgung, für Bäder, die Straßensanierung, für Kultur und für Erziehung.

- Die **Banken** müssen **reguliert** und deren Spekulation durch eine Finanztransaktionssteuer eingedämmt werden. Keine Steuergelder für die Bankenrettung!

Sagen Sie am 27.März „**Nein**“ zur Schuldenbremse

Bündnis gegen Privatisierung Frankfurt

Infos und Kontakt/ViSdP: Elke Hügel, Frankfurt, [e.huegel\(at\)gmx.de](mailto:e.huegel(at)gmx.de)

Mitmachen, aktiv gegen Privatisierungen und Schuldenbremse!

Das Bündnis gegen Privatisierung Frankfurt unterstützt die Kampagne gegen die Einführung der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung

www.handlungsfahiges-hessen.de.

Auf kommunaler Ebene stellen wir uns aktuell gegen das Projekt des Magistrates, Sanierung und Unterhalt von Frankfurter Brücken und Ingenieurbauwerken mittels PPP (ÖPP) durchzudrücken und damit weitere öffentliche Einrichtungen unserer Stadt in ein Finanzprodukt zu verwandeln.

Infos dazu im Internet:

www.attac-ffm.de. Hier auf „**Kein PPP-Brücken**“ klicken.

Unser Bündnis existiert bereits seit 2006. Hier arbeiten Mitglieder von Attac, Gewerkschaften, Linke und aktive Einzelpersonen zusammen. Unsere Aktivitäten richten sich dagegen, dass öffentliche und gesellschaftliche Aufgaben in Frankfurt und anderswo privatisiert werden, gegen den „schlanken Staat“. Gegen die "Tina" - Parole („There is **no Alternative**“) setzen wir Alternativen, statt PPP: Sanierung und Bau in Eigenregie der Stadt.

So haben wir uns gegen die Privatisierung der Städtischen Kliniken Höchst, das Bildungszentrum Ostend, privates Catering in Schulen und Kitas (Sodexo) und die Sanierung von vier Frankfurter Schulen als PPP-Projekt gewandt.